

Benpac soll Schadensersatz bezahlen

Stans Ende Januar war der im Juli 2020 angekündigte Verkauf der St.Galler Gallus-Gruppe von der Heidelberger Druckmaschinen AG (Heidelberg) an die Stanser Benpac Holding geplätzt. Der deutsche Konzern hatte danach angekündigt, Schadensersatzforderungen geltend machen zu wollen (wir berichteten). Im Rahmen der Veröffentlichung des Geschäftsberichts von Heidelberg diese Woche wurde nun publik gemacht, welche das sind.

Gemäss Heidelberg ist in der Schweiz ein Betreibungsverfahren gegen den Benpac-Eigentümer Marco Corvi persönlich in Höhe des «vertraglich pauschalierten Schadensersatzanspruchs von 50 Millionen Euro» anhängig. Basis dafür ist ein persönliches notarielles Schuldanerkenntnis, welches Corvi gemäss Heidelberg zur Sicherstellung des Kaufpreises im Dezember 2020 eingegangen war.

Keine Angst vor einer Klage

Gleichzeitig macht der deutsche Konzern in einem Schiedsgerichtsverfahren in Deutschland einen Anspruch von 30 Millionen Euro geltend. Dieser richtet sich gegen die Firma, also die Benpac Holding AG. Ein solches Gericht ist bei Vertragsverhältnissen im internationalen Umfeld nicht unüblich. In einem Mediengespräch erklärte Heidelberg-Finanzchef Marcus A. Wassenberg, dass im Vertrag jeweils festgelegt werde, wo sich der Standort des Schiedsgerichts befinde. In diesem Fall hätten sich die Vertragsparteien für Deutschland entschieden. Zum Umstand, dass auf zwei Wegen Schadensersatz eingefordert werde, sagte Wassenberg: «In der Summe können wir den Betrag von 50 Millionen Euro nur einmal bekommen. So haben wir mehrere Quellen, die wir dafür nutzen werden.»

Was sagt Benpac zu den Forderungen aus dem Nachbarland? Die Nidwaldner Firma nimmt wie folgt Stellung: «Bei den Abschlussarbeiten zum Kauf der Gallus-Gruppe stiess die Benpac Holding AG auf fragwürdige Sachverhalte in den Vertriebsverträgen von Gallus. Dies veranlasste Benpac, vom Kauf von Gallus Abstand zu nehmen. Das war Heidelberg Druckmaschinen AG bereits im Oktober 2020 schriftlich angedroht worden. Aufgrund dieses Sachverhaltes sieht Benpac einer Klage der Heidelberg Druckmaschinen AG gelassen entgegen.» (cg)

CKW-Wachstum sorgt für Unmut

Staatlich kontrollierte Stromanbieter wie die CKW expandieren vermehrt in Bereiche der Privatwirtschaft.

Maurizio Minetti

Die Zentralschweiz ist nicht genug. Der Stromkonzern CKW hat den Solarbereich als ein strategisches Wachstumsfeld definiert und weitet das Geschäft auf die ganze Deutschschweiz aus, wie das Unternehmen am Mittwoch mitteilte (Ausgabe von gestern). Der Grund liegt auf der Hand: Solar boomt. Bei der CKW betrug das Wachstum beim Zubau von Fotovoltaik letztes Jahr über 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr; innerhalb von zwei Jahren hat sich die Mitarbeiterzahl in diesem Bereich auf 35 Personen verdoppelt. Erst Ende April hat die CKW zudem mit der Solarville AG aus Winterthur erstmals eine Firma im Solarbereich übernommen.

Weiteres Wachstum soll selber generiert, aber auch über den Zukauf von Firmen vollzogen werden. «Wir beobachten den Markt und prüfen weitere Firmenkäufe in diesem Bereich. Im Fokus liegen an die Zentralschweiz angrenzende Regionen», sagt CKW-Sprecher Marcel Schmid. Im Zuge des Wachstums im Solarbereich werde man auch die übrigen Dienstleistungen aus dem Gebäudetechnikbereich verstärkt auf die gesamte Deutschschweiz ausweiten. Dazu gehören beispielsweise Wärme- oder Elektromobilitätslösungen. Der Bereich Gebäudetechnik macht mittlerweile rund 20 Prozent des CKW-Umsatzes aus.

Gleich lange Spiesse gefordert

Die CKW gehört zu 81 Prozent dem Stromkonzern Axpo, der wiederum im Eigentum der Nordostschweizer Kantone ist. Weitere knapp 10 Prozent der CKW-Aktien hält der Kanton Luzern. Dass staatlich kontrollierte Stromanbieter mit ihrem Gebäudetechnik-Teil in den privatwirtschaftlichen Wettbewerb eingreifen, ist schon lange ein Kritikpunkt.

In Bern zum Beispiel haben mehrere KMU die Kampagne «Fair ist anders» ins Leben gerufen. Hintergrund ist unter anderem die starke Expansion des Berner Stromkonzerns BKW – dieser übernahm in den letzten Jahren auch mehrere Luzerner Firmen. Die Berner KMU kritisieren unter anderem, dass die öffentlichen Unternehmen ihre Monopolstellung für direkten Zugang zu ihren Kunden nutzen. Die öffentlichen Unterneh-



CKW-Solaranlage beim Betagtenzentrum Viva Luzern Dreilinden.

Bild: PD

men würden sich im Wettbewerb zudem gegen private Gewerbebetriebe «dank ihrer Kapitalkraft mit überhöhten Kaufpreisen und zu tiefen Arbeitsofferten» durchsetzen.

Dass nun auch die CKW in den Bereichen Gebäudetechnik und Fotovoltaik auf Expansionskurs ist, ärgert alteingesessene Betriebe der Region. «Die CKW ist vor allem bei Sanierungen von Heizungen für Einfamilienhäuser oder Mehrfamilienhäuser sehr stark aktiv», weiss Patrick Frank, Mitinhaber der Gut AG, die mit rund 120 Angestellten eine der grössten Gebäudetechnikfirmen der Zentralschweiz ist. Frank ist zudem Präsident der Zentralschweizer Sektion des Branchenverbands Suissetec. Er stört sich daran, dass staatlich kontrollierte Unternehmen immer mehr in Bereichen tätig sind, die bislang die Domäne von privatwirtschaftlichen Betrieben waren. «Solche Konzerne haben viel mehr Ressourcen als inhabergeführte KMU.»

Er macht ein Beispiel: «Bei uns kümmern sich Projektleiter nebenbei um die Bewilligungen, die man jeweils einholen muss. Bei der CKW gibt es Personen, die nichts anderes machen als Bewilligungen einzuholen. Hier findet kein Wettbe-

werb mit gleich langen Spiesen statt», ärgert er sich. Aus der Solarbranche sind ähnliche Aussagen zu hören. CKW-Sprecher Marcel Schmid sagt dazu, dass die Mitarbeitenden im Bereich Gebäudetechnik «einzig für diesen Bereich arbeiten und aus dem regulären Kundengeschäft finanziert werden». Im Bereich Gebäudetechnik habe die CKW «die genau gleich langen Spiesse wie die Konkurrenz».

Die Situation hat unlängst auch die Politik auf den Plan gebracht. Der Luzerner FDP-Nationalrat Peter Schilliger, dem

«Für die CKW gilt wie für alle anderen Firmen in der Schweiz die Wirtschaftsfreiheit.»

Marcel Schmid
CKW-Sprecher

die Herzog Haustechnik AG gehört, reichte bereits Ende 2017 eine parlamentarische Initiative ein. Demnach seien gesetzliche Bestimmungen zu erlassen, um zu vermeiden, dass staatlich kontrollierte Unternehmen «von ihrer Situation profitieren, um auf dem freien Markt Konkurrenzvorteile zu erlangen und so den Wettbewerb verzerren».

Quersubventionierungen finden bei CKW nicht statt

Insbesondere sollen Monopolunternehmen die Informationen über die Kunden, den Kundenkontakt, den Gewinn aus dem Monopolbereich oder dergleichen nicht missbrauchen dürfen, um einen Marktvorteil in einem Nichtmonopolbereich zu erlangen. Der Nationalrat hat im letzten Herbst der Initiative Folge gegeben. Als Nächstes muss der Ständerat darüber abstimmen, wahrscheinlich im Herbst. Ein praktisch identischer Vorstoss aus den CVP-Reihen wurde im März 2019 vom Ständerat allerdings abgelehnt.

Wie Schilliger auf Anfrage sagt, sind derzeit darüber hinaus auch in der Region Zentralschweiz «Bestrebungen im Gang, aktiv auf die Thematik aufmerksam zu machen». Näher ins Detail will er nicht gehen.

CKW-Sprecher Marcel Schmid sagt dazu, für die CKW gelte wie für alle anderen Firmen in der Schweiz die Wirtschaftsfreiheit. Das Bundesgericht habe diesen Grundsatz in einem Urteil klar festgehalten. Quersubventionierungen gebe es innerhalb der CKW keine, auch personell nicht: «Dies ist gemäss Kartellgesetz klar verboten.»

Der Bereich Gebäudetechnik der CKW operiere seit fast 30 Jahren am Markt und müsse sich bei den Kundinnen und Kunden bewähren. «Das Gleiche gilt auch für den Energiebereich. Hier ist die CKW seit Jahrzehnten zu einem grossen Teil am freien Markt tätig. Einzig der Netzbereich und die Grundversorgung mit Strom sind Monopolbereiche. Hier sind die Erträge allerdings politisch und gesetzlich klar reguliert und orientieren sich an den effektiven Kosten.»

Im Bereich Gebäudetechnik könne die CKW keine Preise durchsetzen und auch keine Monopolrente erzielen, betont Schmid. Er weist zudem darauf hin, dass die CKW als grösste Lehrlingsausbilderin in der Zentralschweiz einen massgeblichen Beitrag zur Ausbildung junger Berufsleute leiste: «Davon profitiert die gesamte Branche.»

Das sind die beliebtesten Marken in der Schweiz

Konsum Rund 500 Marken wurden in einer Bevölkerungsumfrage bewertet. Eine mit Nachhaltigkeitsfokus hat besonders profitiert. Beyond Meat wurde zum «Brand of the Year» gewählt.

Ricola, Victorinox oder Ovomaltine: Diese Marken sind regelmässig auf den Ranglisten der beliebtesten Marken in der

Schweiz zu finden. Mit Beyond Meat gesellt sich jetzt ein neuer Name dazu. Das US-amerikanische Unternehmen, das vegane Burger produziert, wurde von über 4500 Schweizerinnen und Schweizern aus 489 Marken zum «Brand of the Year» gewählt, wie gestern bekannt geworden ist. Die Umfrage wurde vom Marktbefragungsinstitut

Havas im Auftrag vom Markenverband Promarca durchgeführt. Basierend auf den Ergebnissen vergab Promarca bereits sechsmal den Titel für die vertrauenswürdigste Marke. Dieses Jahr würdigte der Verband jedoch zum ersten Mal die dynamischsten Marken, die das höchste wahrgenommene Zukunftsfähigkeits- und Wachstumspotenzial haben. Berücksichtigt für die Auszeichnung «Brand of the Year» wurden dabei nur Marken, die Mitglieder beim Verband sind.

Victorinox in der Top Ten

Beyond Meat sei die dynamischste Marke und habe sich aufgrund des Nachhaltigkeits-

trends als Neueinsteiger durchsetzen können, schreibt der Verband in einer Mitteilung. Auf dem zweiten Platz folgt der Thurgauer Pflanzenheilmittelhersteller A. Vogel. Das Unternehmen erlebte im vergangenen Herbst einen Boom um sein Naturheilmittel Echinaforce, weil eine Studie diesem eine Wirkung gegen das Coronavi-

rus nachsagte. Ebenfalls in die Top Ten haben es der Grillhersteller Weber, der Chipshersteller Zweifel – und die Süswarenmarken Lindt, Kambly oder Ovomaltine geschafft. Der Schwyzer Taschenmesserhersteller Victorinox figuriert auf Platz 6.

Gabriela Jordan